



**Hilde Mattheis**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Hilde Mattheis MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

---

Herrn  
Johannes Schilka  
Cottbusser Str.86  
03096 Werben

**Berlin**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 75 142  
Fax: (030) 227 - 76 713  
Email: [hilde.mattheis@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@bundestag.de)

**Wahlkreis**

Söflinger Straße 145, 89077 Ulm  
Tel: (0731) 6 02 67 71  
Fax: (0731) 6 13 21  
Email: [hilde.mattheis.ma05@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.ma05@bundestag.de)

Internet: [www.hilde-mattheis.de](http://www.hilde-mattheis.de)

Berlin, 10. September 2014

**Ihr Brief vom 16.08.2014 zum Thema Prostitution**

Sehr geehrter Herr Schilka,

Vielen Dank für Ihren Brief bezüglich der Änderung des Prostitutionsgesetzes.

In Ihrem ersten Punkt gehen Sie auf die Heraufsetzung des Mindestalters von 18 auf 21 Jahre ein. Ich verstehe Ihre Sorge bezüglich des Schutzes junger Mädchen, möchte jedoch anmerken, dass solch eine Heraufsetzung nicht zielführend ist bzw. kontraproduktiv wirken kann. Ein erhöhtes Mindestalter wird die Prostitution nicht unterbinden, viel eher jedoch in die Illegalität verlagern, womit der Schutz, die Selbstbestimmung und der Ausstieg von jungen Prostituierten schwieriger werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann man davon ausgehen, dass eine Heraufsetzung des Alters junge Frauen nicht von der Prostitution abhalten wird, vorausgesetzt diese üben ihre Tätigkeit selbstbestimmt aus.

Dennoch ist es von höchster Priorität junge Mädchen und Jungen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sowohl vor Prostitution als auch vor Zwangsprostitution zu schützen. Diesbezüglich setzt sich die SPD im zu verabschiedenden Gesetz für verbesserte Kontrollmöglichkeiten der Ordnungsbehörden sowie die Einführung einer Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten ein.

In Ihrem zweiten Punkt gehen Sie auf die AIDS-Prävention innerhalb des Prostitutionsgewerbes ein, welche mir als Gesundheitspolitikerin natürlich sehr am Herzen liegt. Die SPD fordert daher die Festlegung von Arbeitsbedingungen sowie strenge Auflagen für Bordelle zum Schutz von Prostituierten, welche durch die Einführung einer Erlaubnispflicht und den damit verbundenen räumlichen, hygienischen sowie gesundheitlichen Mindestanforderungen erfüllt werden könnten. Auch über eine Verhütungspflicht, wie sie in Bayern seit 2001 besteht, werden wir im Bundestag diskutieren. Hierbei muss vor allem die Kontrolle der Umsetzung berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Hilde Mattheis*

Hilde Mattheis, MdB